

Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft
für Politikwissenschaft (DGfP) Band 27

Gerlach/Jesse/Kneuer/Werz (Hrsg.)

Politikwissenschaft in Deutschland

Sonderdruck

– nicht im Buchhandel erhältlich –



Nomos

Inhalt

<i>Irene Gerlach/Eckhard Jesse/Marianne Kneuer/Nikolaus Werz</i> Einleitung	7
Teil 1 Übergreifende Themen	33
<i>Klaus von Beyme</i> Die deutsche Politikwissenschaft im internationalen Vergleich	35
<i>Ludger Helms</i> Die deutsche Politikwissenschaft und ihre europäischen Schwesterdisziplinen	55
<i>Günter C. Behrmann</i> Politikwissenschaft und politische Bildung	73
<i>Svenja Falk/Andrea Römmele/Henrik Schober/Martin Thunert</i> Politikberatungsforschung	97
Teil 2 Vergleichende Regierungslehre/Innenpolitik	123
<i>Hans Jörg Hennecke</i> Regieren	125
<i>Danny Schindler/Suzanne S. Schüttemeyer</i> Parlamentarismus und Parlamentarismusforschung in Deutschland	143
<i>Heinrich Oberreuter/Uwe Kranenpohl</i> Parteien	167
<i>Tilman Mayer/Martina Kortmann</i> Politische Kultur	181
<i>Tilman Mayer/Sabrina van der Pütten</i> Politische Kommunikation	201
<i>Harald Schoen</i> Wahlforschung	223
<i>Irene Gerlach</i> Policy-Forschung	239
<i>Marianne Kneuer</i> Transformationsforschung, Systemwechselforschung, Demokratieforschung	265
<i>Eckhard Jesse/Tom Thieme</i> Diktatur- und Extremismusforschung	291

Teil 3 Internationale Beziehungen	315
<i>Christopher Daase</i> Theorie der Internationalen Beziehungen	317
<i>Hanns W. Maull</i> Außenpolitikforschung: Deutsche Außenpolitik	339
<i>Jürgen H. Wolff</i> Entwicklungsländer als Gegenstand der deutschen politikwissenschaftlichen Forschung – eine Skizze	365
<i>Jürgen Rüland/Nikolaus Werz</i> Politikwissenschaft und Regionalstudien in der Bundesrepublik Deutschland	383
<i>Wilfried von Bredow</i> Die Neuen Sicherheitsstudien zwischen Internationalen Beziehungen, Militärsoziologie und Friedens- und Konfliktforschung	413
<i>Dirk Messner</i> Globalisierung und Global Governance – Stand der Debatte und Suchrichtungen	435
<i>Werner Weidenfeld</i> Europäische Integration	459
Teil 4 Politische Theorie und Methodik	481
<i>Peter Nitschke</i> Politische Philosophie und Ethik	483
<i>Walter Reese-Schäfer</i> Politische Ideengeschichte	503
<i>Birgit Enzmann</i> Moderne Politische Theorie	517
<i>Joachim Behnke/Nathalie Behnke</i> Wissenschaftstheorie und Methoden	537
Autorenverzeichnis	559

Europäische Integration

Werner Weidenfeld

1 Charakteristika des Themengebiets

1.1 Einführung

Im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte intensivierte sich die Forschung zum Themengebiet der europäischen Integration so stark, dass es bereits eine Herausforderung darstellt, die Grundlinien allein der deutschen Debatte zu systematisieren. Die Europäische Union deckt mittlerweile von der Rechts- über die Wirtschafts- und Währungs- bis hin zur Außenpolitik die große Bandbreite politischen Handelns ab. Darüber hinaus verbinden sich mit dem Begriff ‚Europa‘ auch zahlreiche normative Erwartungen, deren Divergenz Konflikte hervorruft.

Bereits in der Antike wurde die europäische Idee diskutiert, bevor sie bald zu einem in der ganzen damaligen Welt mit dem Begriff des christlichen Abendlands assoziierten Konzept wurde.¹ Mit dem Beginn der Neuzeit hielt in Europa durch die Renaissance eine neue Perspektive Einzug, die letztendlich zur Aufklärung und Säkularisierung des Kontinents führte. Aufgrund seines technologischen Fortschritts brachte Europa sämtliche bis ins 20. Jahrhundert hinein dominierende Weltmächte hervor. Dem mittelalterlichen Imperium folgten global agierende Nationalstaaten, die auch gegeneinander um Einfluss konkurrierten. Die Heilige Allianz als erster Versuch einer institutionalisierten Friedensordnung scheiterte an den Machtverhältnissen. Erst unter dem Einfluss einer außerhalb der ‚alten Welt‘ entstandenen Hegemonialmacht konnten sich die Europäer darauf verständigen, ihr konfliktträchtiges Gleichgewichtdenken aufzugeben. Seither beschäftigt sich die Wissenschaft mit den Fragen, welche Triebkräfte für das erfolgreiche Projekt der europäischen Integration verantwortlich waren und in welche Richtung sich der geeinte Kontinent weiterentwickeln wird.

An dieser Stelle werden zuerst die Entwicklungsschritte dargestellt, die die europäische Integrationsforschung in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat. Dabei wird der auf diesem Forschungsgebiet außergewöhnlich hohen gegenseitigen

1 Vgl. Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Die Identität Europas*, München 1985; Werner Weidenfeld/Julian Nida-Rümelin, *Europäische Identität. Voraussetzungen und Strategien*, Baden-Baden 2007.

Bedingtheit von empirischer und theoretischer Evolution besondere Aufmerksamkeit zukommen. Danach werden Kontroversen und Wandlungsprozesse in der Forschung aufgezeigt, bevor die ausländische Sicht auf die deutsche Forschung in den Vordergrund gestellt wird.

1.2 Abgrenzung zu anderen Disziplinen

Die kontinuierliche Zunahme der Zahl europäisierter Politikfelder sowie die Möglichkeit der Verknüpfung verschiedenster Theorien mit dem Konzept der europäischen Integration gaben einer ganzen Reihe wissenschaftlicher Disziplinen Anlass, sich mit dieser Thematik zu befassen.

Ebenso wie die Politikwissenschaft konzentriert sich auch die Geschichtswissenschaft unter anderem auf die Untersuchung der Triebkräfte der europäischen Integration, wobei insbesondere die Blockbildung im Ost-West-Konflikt und die damit einhergehende ‚Westernisierung‘ der Bundesrepublik Deutschland im Mittelpunkt stehen.² So entstanden zahlreiche Lehrstühle für europäische Geschichte, die aufgrund der divergenten Methodologie allerdings zumeist differenzierte Forschungsansätze wählen. Genannt seien etwa die besondere Bedeutung der Quellenforschung sowie die stärkere Fokussierung auf die Perspektive handelnder Akteure. Die Soziologie beschäftigt sich dagegen vor allem mit der Konvergenz europäischer Gesellschaften; ein besonderer Schwerpunkt liegt hierbei auf der Untersuchung der Bedingungen zur Stärkung einer europäischen Identität, wie sie sie etwa Ulrich Beck und Edgar Grande in ihrem Entwurf einer ‚kosmopolitischen Gesellschaft‘ benennen.³ Ähnlichen Fragestellungen nähert sich die Philosophie, indem sie nach den Voraussetzungen zur Bildung einer europäischen Öffentlichkeit sucht. Den Impetus hierzu gab die Frage nach der Bildung supranationaler und -kultureller Normen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung der Gesetzgebung und Rechtsprechung durch Institutionen der EU leistet die Rechtswissenschaft seit Langem wichtige Beiträge zur Diskussion der europäischen Integration. Die Reichweite ihres Einflusses wird durch die Tatsache offenbar, dass das positive Recht nicht nur für die Implementierung bisher erfolgter Schritte der Integration, sondern auch für die Ermöglichung einer immer engeren Zusammenarbeit der Staaten Europas eine entscheidende Rolle spielt. Auch diejenigen wissenschaftlichen Disziplinen, die mit mittlerweile stark europäisch geprägten Politikfeldern verwandt sind, spielen in der Diskussion eine wichtige Rolle; so wären vielerlei Fortschritte des europäischen Projekts ohne die Beiträge der Wirtschaftswissenschaft kaum zu realisieren gewesen. In der

2 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.

3 Vgl. Ulrich Beck/Edgar Grande, *Das kosmopolitische Europa*, Frankfurt 2004.

Ökonomie rief die Integrationsforschung – wie in der Rechtswissenschaft – sogar die Entstehung neuer Teildisziplinen hervor.

Spezifisch für den politikwissenschaftlichen Ansatz ist dagegen die politisch-institutionelle Sichtweise auf den Integrationsprozess.⁴ Indem sie sich unter Berücksichtigung der Beiträge praktisch aller genannten Nachbardisziplinen auf die Analyse von Institutionen und Prozessen konzentriert, ist die Politikwissenschaft im Stande, den wirklich politischen Kern der europäischen Integration in den Mittelpunkt zu rücken. Dadurch können von anderen Wissenschaften schwer fassbare Phänomene wie Einflussgrößen, Entscheidungsabläufe, Handlungskorridore sowie Fragen von Souveränität und Macht miteinander in ein Verhältnis gesetzt werden.

1.3 Institutionen der Integrationsforschung

Bereits in den bezüglich praktischer Integrationsschritte besonders dynamischen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden Forschungszentren und Lehrstühle, die den politischen Prozess wissenschaftlich begleiteten. So konstituierte sich Ende der 1950er-Jahre in Bonn das Institut für Europäische Politik (IEP), das heute in Berlin sitzt und mit der ‚integration‘ eine der führenden Fachzeitschriften auf diesem Forschungsfeld herausgibt. In den folgenden Jahrzehnten folgten die Gründungen einiger weiterer Institute, die sich entweder ausschließlich oder schwerpunktmäßig mit dem Integrationsprozess auseinandersetzen. Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln beschäftigt sich unter anderem mit Fragen der europäischen Liberalisierungspolitik, während sich das 1995 in Bonn gegründete Zentrum für Europäische Integrationsforschung sowohl auf einzelne Politikfelder als auch auf übergreifende Wertefragen konzentriert. Das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung publiziert seit 1996 das ‚Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung‘; das Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P) begleitet insbesondere den institutionellen Entwicklungsprozess der EU und die politischen Integrationsbestrebungen der europäischen Staaten seit dem Vertrag von Maastricht. Das C.A.P veröffentlicht zu jeder Vertragsrevision einen eigenen Analyseband. Gemeinsam mit dem IEP erstellt das C.A.P das ‚Jahrbuch der Europäischen Integration‘, das regelmäßig die neuesten europapolitischen Entwicklungen in Brüssel und den Mitgliedsstaaten abbildet. Außerdem ist das Nachschlagewerk ‚Europa von A bis Z‘ zu einem weltweiten Bestseller in 20 Sprachen geworden. Auch die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sowie die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Po-

4 Vgl. u.a. Wolfgang Wessels, Theoretischer Pluralismus und Integrationsdynamik. Herausforderungen für den *acquis académique*, in: Hans-Jürgen Bieling/Marika Lerch (Hrsg.), *Theorien der europäischen Integration*, 2. Auflage, Wiesbaden 2006, S. 427-457.

litik (DGAP) begleiten den europäischen Integrationsprozess intensiv; die von der DGAP herausgegebene Zeitschrift ‚Internationale Politik‘, zwischen 1946 und 1995 ‚Europa-Archiv‘, legt hier einen ihrer Schwerpunkte. Die ‚Zeitschrift für Internationale Beziehungen‘, die ‚Politische Vierteljahresschrift‘ und die ‚Blätter für deutsche und internationale Politik‘ setzen auf diesem Themenfeld ebenfalls Akzente. Außerdem treiben zahlreiche universitäre Institutionen die Integrationsforschung voran. Hier ragt die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder heraus, deren Konzept des institutionalisierten Dozenten- und Studentenaustauschs mittlerweile häufige Nachahmung findet. Mehr als vier Duzend überwiegend politikwissenschaftlich orientierte ‚Jean-Monnet-Lehrstühle‘ zeugen ebenfalls von der wissenschaftlichen Relevanz der Thematik.

2 Hauptlinien der Forschung

2.1 Anfänge nach dem Ersten und Durchbruch nach dem Zweiten Weltkrieg

Wie die Politikwissenschaft selbst entstand auch die Forschung zur europäischen Integration in der unmittelbaren Folge des Ersten Weltkriegs. Vor dem Hintergrund der ungekannten Intensität des kriegerischen Konflikts suchte nicht nur die Politik, sondern auch die Wissenschaft nach Wegen in eine gemeinsame und friedliche Zukunft. Hieraus erklärt sich die utopische Prägung der ersten Versuche der Friedensforschung, tragbare Konzepte für eine europäische Verantwortungsgemeinschaft zu entwerfen.

Auch nach 1945 war es hauptsächlich die politische Realität, die die mit der europäischen Integration befasste Forschung mit richtungsweisenden Denkanstößen versorgte. Diese setzte sich insbesondere mit der Frage nach den Bedingungen der Bildung einer politischen Union auseinander. Bereits im Rahmen der 1951 gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS) hatte der Versuch stattgefunden, die wirtschaftliche Kooperation der neuen Partner durch die Schaffung politischer Strukturen zu untermauern. Seit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) blieb die politische Realität allerdings hinter den in der Wissenschaft entworfenen Einigungskonzepten zurück. Nach der erfolgreichen Implementierung der Römischen Verträge verlangsamte sich der Integrationsprozess, bevor er ab den 1960er-Jahren neue Politikfelder erfasste.⁵ Trotzdem gab die wesentliche Forschung ihre Tendenz, die Teleologie einer europäischen Föderation zu formulieren, nie völlig auf. 1979 bestärkte die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments auch in der Wissen-

5 Vgl. Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration*, 3. Auflage, Göttingen 1996.

schaft die Absicht, Europa eine konstitutionelle Prägung zu geben. Allerdings wurde die Stellung des Parlaments im Institutionengefüge der Europäischen Gemeinschaft von der Wissenschaft als unbefriedigend betrachtet.⁶ Darauf folgte eine Jahre währende Phase der Stagnation. Die EG, die zu dieser Zeit noch über keine professionelle Öffentlichkeitsarbeit verfügte,⁷ trat aufgrund der großen Zahl zu behandelnder Einzelfragen und nationalstaatlicher Interessensgegensätze auf der Stelle. Diese in Wissenschaft und Praxis als ‚Eurosklerose‘ bezeichnete europamüde Zeit zu Beginn der 1980er-Jahre wurde erst durch das von Altiero Spinelli verantwortete Projekt eines ‚Vertragsentwurfs für eine Europäische Union‘ beendet. Dieser scheiterte zwar, legte aber den Grundstein für die von der Wissenschaft ambivalent beurteilte Einheitliche Europäische Akte, die die erste Änderung der Römischen Verträge vollzog⁸ und dem europäischen Projekt neuen Auftrieb gab. In den Jahren nach der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte wurde eine Beschleunigung des Einigungsprozesses aufgrund der internationalen Entwicklungen sowohl möglich wie auch zwingend notwendig.

2.2 Neue Impulse nach dem Kalten Krieg

Das unerwartete Ende des Ost-West-Konflikts rief einen grundlegenden Wandel in der Methodik der Politikwissenschaft hervor. Außerdem erhöhte sich die Attraktivität der Auseinandersetzung mit der bald darauf gegründeten Europäischen Union, die schließlich zu einem integralen Bestandteil der erneuerten globalen Ordnung wurde. Darüber hinaus erfuhr die Integration 1992 durch die im Vertrag von Maastricht beschlossene Wirtschafts- und Währungsunion neuen Schwung. Diese Entwicklung war zu keinem Zeitpunkt unumstritten. Entgegen ihrer ansonsten stark supranationalen Ausrichtung diskutierte die Wissenschaft während der 1990er-Jahre ausführlich die Frage, ob Deutschlands Einsatz für die Währungsunion dem nationalen Interesse entsprach. Dennoch spiegelt sich auch in der Forschungsliteratur der damaligen Zeit klar wider, welch starkes Aufbruchssignal vom Maastrichter Vertrag ausging. Schattenseiten der Union, wie etwa die wenig ruhmreiche Rolle Europas im Verlauf der Jugoslawien-Krise, wurden in dieser Euphorie hingegen kaum thematisiert; eine Ausnahme bildete

6 Vgl. Andreas Maurer, *Parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union. Der Beitrag des Europäischen Parlaments und der Beitrag der Mitgliedsstaaten*, Baden-Baden 2002.

7 Michael Brüggemann, *Europäische Öffentlichkeit durch Öffentlichkeitsarbeit? Die Informationspolitik der europäischen Kommission*, Wiesbaden 2008.

8 Vgl. Wolfgang Wessels, *Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte*, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der europäischen Integration 1986/1987*, Bonn 1986, S. 32-50.

schon damals Johannes Grotzky.⁹ Dagegen rückte die absehbare Osterweiterung der Europäischen Union in den Mittelpunkt der Forschung. Die Festlegung des Europäischen Rats in Kopenhagen 1993 beendete die Kontroverse um die Kriterien zur Aufnahme neuer Mitglieder der EU keineswegs. Vielmehr beschleunigte sie die Debatte um eine mögliche Finalität des europäischen Projekts, die bis zum heutigen Tag nicht mehr verstummen sollte. Die Forschung wandte sich zunehmend der Frage zu, wie viele zusätzliche Neuaufnahmen, deren Konjunkturen methodisch als ‚Erweiterungszyklen‘ gefasst wurden, diese Union zu leisten im Stande ist. Maßgebliche Leitbilder hinsichtlich der inhaltlichen Tiefe der Integration wurden unter den Leitbegriffen ‚Kerneuropa‘ und ‚Europa à la carte‘ beziehungsweise ‚Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten‘ zusammengefasst. Die möglichen Chancen, die einer solchen differenzierten Integration innewohnen, werden in der Wissenschaft deutlich, in der Politik allerdings noch unterschätzt. Dieser Ansatz wird – auch vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen sowie der jüngsten Entwicklung der EU-Verträge¹⁰ – in der Diskussion der nächsten Jahre eine zunehmend bedeutende Rolle einnehmen.

Die Reformen von Maastricht, Amsterdam (1997) und Nizza (1999) bereiteten die EU nach einhelligem Befund der Forschung weder ausreichend auf die veränderten globalen Rahmenbedingungen noch auf einen Zuwachs um ein Duzend neuer Mitgliedsstaaten vor.¹¹ Die Konzentration auf Detailkorrekturen oder gar praktizierte Rückschritte wie bei der Einführung eines höchst komplexen Entscheidungsmechanismus im Vertrag von Nizza führten zu einer weiteren Verschiebung der Forschungsschwerpunkte hin zu Fragen der politischen Leistungsfähigkeit und Legitimität. Insbesondere der Abstimmungsmodus für Entscheidungen im Ministerrat stieß in der Wissenschaft genauso wie unter Praktikern auf Skepsis. Dass dieser Kompromiss nicht nur das Prinzip proportionaler Repräsentanz grob verletzte, sondern auch den Entscheidungsfindungsprozess des Rates verlangsamte, verschärfte die Akzeptanz- und Legitimationskrise der Union nur umso mehr. Somit begab sich die Forschung zunehmend auf die Suche nach neuen Modellen der Steuerung sowie der Demokratisierung einer Union, die sich bezüglich der Zahl ihrer Mitgliedsstaaten binnen zwölf Jahren mehr als verdoppeln sollte.

Die Einsetzung eines mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs betrauten Konvents durch den Laekener Gipfel 2001 regte eine lebendige Debatte über den Vertrag selbst, die Zukunft der EU-Institutionen sowie über die Außenreprä-

9 Vgl. Johannes Grotzky, *Balkankrieg. Der Zerfall Jugoslawiens und die Folgen für Europa*, München 1993.

10 Vgl. Werner Weidenfeld, *Die Bilanz der europäischen Integration 2008*, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2008*, Baden-Baden 2008, S. 13-24, hier: S. 22-24.

11 Vgl. W. Weidenfeld (Anm. 10), S. 14.

sentanz und globale Stellung der EU an. Die darauf folgende Ablehnung des Verfassungsvertrags durch Referenden in Frankreich und den Niederlanden stürzte die EU in eine tiefe Krise. Nahezu jede seit dem Sommer 2005 publizierte Veröffentlichung zum Thema beschäftigt sich mit den Ursachen und Folgen der Volksabstimmungen, vor allem aber den aus ihnen zu ziehenden Lehren. In diesem Zusammenhang kehrten – durch den ‚linguistic turn‘ zwischenzeitlich in den Hintergrund getretene – traditionelle föderalistische und neofunktionalistische Ansätze prominent in die Debatte zurück. Auch die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007, die die institutionelle Blockade durch die Vorbereitung des späteren Vertrags von Lissabon aufzulösen half, war nicht imstande, die immer lauter gestellte Frage nach der Legitimität der Europäischen Union eindeutig zu beantworten. Zunehmend große Teile der wissenschaftlichen Gemeinschaft raten aber mittlerweile zu Gelassenheit. Übermäßiges Lamentieren bezüglich der institutionellen Verfasstheit der Union interpretieren sie als Zeichen fehlender Akzeptanz einer Ergebnisoffenheit der Integration.¹² So zeigt etwa Wessels in seinem Konzept der ‚gelebten Verfassungspraxis‘ ein pragmatisches Substitut für einen geschriebenen Verfassungstext auf: An die Stelle des ‚Acquis communautaire‘ solle ein ‚Acquis académique‘ treten.¹³

Einen nachhaltigen Weg aus dieser neuen Krise Europas zu zeichnen fällt allerdings nicht nur der Politik, sondern auch der Wissenschaft schwer, müsste ein solcher Entwurf doch auf visionäre Art sinnstiftend sein: Durch die gesamte Integrationsgeschichte hindurch wurden je nach Einzelinteressen und aktuellem Stimmungsbild unsystematisch Kompetenzen übertragen; eine Gesamtkonzeption ist kaum noch zu erkennen. Hinzu kommt, dass der Vertrag von Maastricht das letzte Dokument war, das die existentielle Kraft der Ost-West-Polarisierung atmete. Nach dem Ende des Kalten Kriegs stößt diese Art der Stückwerksintegration jedoch endgültig an ihre Grenzen. Die Union kann ihren Erfolgsweg nur dann fortsetzen, wenn sie es schafft, auf aktuelle globale Herausforderungen, die häufig nur noch im supranationalen Rahmen gemeistert werden können, umfassend zu antworten. Auf der anderen Seite muss sie die europäische Öffentlichkeit dringend durch plausible Begründungen für ihre Erweiterungs- und Vertiefungsprozesse überzeugen. Insbesondere deliberative Ansätze fordern transparente Verhandlungsdiskurse und die stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in politische Prozesse.¹⁴

12 Vgl. Andrew Moravcsik, *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, Ithaca 1998; vgl. Wolfgang Wessels, *Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte*, in: W. Weidenfeld/W. Wessels (Anm. 10), S. 25-35, hier: S. 27.

13 Vgl. W. Wessels (Anm. 4).

14 Vgl. Jürgen Neyer, *Welche Integrationstheorie braucht Europa?*, in: *Integration*, 30 (2007) 4, S. 382-292, hier: S. 388.

3 *Kontroversen der Forschung*

Da die Substanz der europäischen Integration sehr komplex ist, können wir eine Vielzahl wissenschaftlicher Kontroversen beobachten. Teils basieren sie auf Unterschieden in der Bewertung bestehender Einigungsbemühungen, teils werden sie durch die Entwicklung divergenter normativer Konzepte zur Vertiefung der Integration hervorgerufen. Die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen um folgende Fragen sollen hier angesprochen werden:

Warum findet regionale Integration in Europa statt? Welche Faktoren bestimmen weitere Integrationsschritte?

Welche Akteure und Institutionen treffen die für die Integration ausschlaggebenden Entscheidungen?

Führt der Weg der Integration zu einem bestimmten Endzustand oder bleibt er selbst das Ziel?

3.1 *Triebkräfte der Integration*

Die Auseinandersetzung um die Frage, welche Impulse die europäische Integration auf den Weg brachten, gestaltet sich besonders brisant. Dies ist auch deshalb der Fall, da Aussagen über die Triebkräfte der Integration normative Aussagen in Bezug auf die zukünftige Entwicklung der Union implizieren können. Intergouvernementalistische Ansätze sehen in der Integration eine Strategie der beteiligten Mitgliedsstaaten zur Konsolidierung der eigenen Stellung,¹⁵ wobei realistische Intergouvernementalisten vor allem geopolitische Gleichgewichtsüberlegungen in den Vordergrund stellen. Liberale Vertreter dieser Denkschule heben dagegen stärker auf den ökonomischen Nutzen von Kooperationen ab. Integrationsfortschritte sind vor diesem Hintergrund nur zu erwarten, wenn übergeordnete Interessenstrukturen sie als beste Handlungsstrategie der individuellen Akteure ausweisen. Als Beispiele hierfür nennt die Forschung gemeinsame europäische Positionen in internationalen Organisationen oder die Bereitschaft Deutschlands zur Aufgabe der eigenen Währung zu Gunsten einer höheren Akzeptanz der Wiedervereinigung. Die Ausweitung der EU wird vor allem geopolitisch erklärt; ausgebliebene Fortschritte bei der Vertiefung seit dem Maastricht-Vertrag werden damit begründet, dass mit ihr eine für zentrale Akteure unvorteilhafte materielle Umverteilung verbunden wäre.

15 Vgl. Werner Link, *Imperialer oder pluralistischer Frieden? Plädoyer für eine Politik der kooperativen Balance*, in: *Internationale Politik*, 58 (2003) 3, S. 57-64.

Dagegen betonen konstruktivistische Ansätze die durch Sprache und geteilte Normen hervorgerufene Entstehung eines transnationalen Raums, in dem die Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten zu Gunsten geteilter Gemeinschaftsinteressen modifiziert werden können.¹⁶ Indem nationale Akteure innerhalb eines supranationalen Institutionensystems handelten, internalisierten sie durch Lern- und Sozialisationsprozesse die Regeln und Werthaltungen der Gemeinschaft. Während regulative Normen eine Befolgung hervorriefen, könnten konstitutive Normen sogar die Identitäten der Akteure verändern. Durch eine weitere Intensivierung der Sozialisation werden Normen schließlich direkt handlungsleitend. So lässt sich etwa erklären, weshalb Beitrittsverhandlungen potenzielle Mitgliedsstaaten bereits antizipatorisch zur Übernahme höherer Bürgerrechtsstandards bewegen. Mit der Intensität der Kommunikationsstrukturen in der Gemeinschaft steige die Wahrscheinlichkeit von Integrationsfortschritten.

Der Integrationsoptimismus der Konstruktivisten brachte insbesondere föderalistische sowie supranationalistische Ansätze hervor, die nicht selten zwischen intergouvernementalistischen und konstruktivistischen Positionen vermitteln. Der Supranationalismus steht dabei stark in der (neo-)funktionalistischen Tradition,¹⁷ die auf der Annahme fußt, dass Integrationsschritte in einem Politikfeld so gut wie zwangsläufig zu einer engeren Zusammenarbeit auf weiteren Politikfeldern führen.¹⁸ Kritische Hinweise auf die hohe Integrationsresistenz der Sicherheitspolitik beantworteten Supranationalisten per Verweis auf ungleiche Integrationsgeschwindigkeiten auf unterschiedlichen Politikfeldern. Die zunehmende Rolle der europäischen Gerichtsbarkeit, gerade in ökonomienahen Bereichen, stärkt diese Position.

3.2 Akteure der Integration

Auch bei der Bestimmung der die Integration steuernden Akteure präjudiziert das erkenntnisleitende Interesse wesentlich das Ergebnis der Analyse. Denn wer die Rolle der Nationalstaaten betrachtet, kann zu anderen Ergebnissen kommen als derjenige, der die Organe und Institutionen der Union in den Blick nimmt.

Intergouvernementale Ansätze argumentieren aus akteurszentrierter Perspektive und stellen hierbei die nationalen Regierungen in den Mittelpunkt. Diese seien die in Sachen Integration handlungsrelevanten Akteure und folgten in ihrem Verhalten apriorischen Präferenzstrukturen, die auf einem Kalkül bezüglich

16 Vgl. Antje Wiener/Thomas Diez, *European Integration Theory*, Oxford 2003.

17 Vgl. Andreas Nölke, *Supranationalismus*, in: H.-J. Bieling/M. Lerch (Anm. 4), S. 145-168.

18 Vgl. Ernst B. Haas, *The Uniting of Europe*, Stanford 1958; vgl. David Miltrany, *A Working Peace System*, Chicago 1966.

ihres absoluten oder relativen Nutzens basierten. Als Reaktion auf eine besonders klare Darstellung dieser Theorie durch Andrew Moravcsik¹⁹ befasste sich die Integrationsforschung in der Folge verstärkt auch mit der Rolle weiterer Akteure der Integration. So wurde vor allem der Einfluss der Europäischen Kommission ins Licht der wissenschaftlichen Betrachtung gerückt, der – so der mittlerweile der gefestigte Konsens der Forschung – insbesondere abseits der Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs auf beträchtliche Weise zur Geltung kommt.

Besonders weit entwickelt wurde dieser Ansatz von Konstruktivisten, in deren Augen Institutionen wie die Kommission, das Parlament oder der Europäische Gerichtshof als Gestalter und Träger intersubjektiver Normen das höchste Maß an Aufmerksamkeit verdienen. Nationalstaatliche Subjekte – diese werden hier nur noch in ihrer sozialen Einbettung betrachtet –, treten zu Gunsten der Intersubjektivität des Integrationsprozesses in den Hintergrund. Materielle Verteilungsstrukturen werden nicht mehr als objektiv, sondern als Ergebnis sozialer Zuschreibungen aufgefasst. Einzig Institutionen werden sozial strukturierende Wirkungen zugeschrieben, die ihnen Kraft zur Veränderung von Interessen sowie zur Identitätsstiftung verleihen. Netzwerk-, Mehrebenen- und Governance-Ansätze versuchen auch hier, die kontroversen Positionen zwischen Intergovernmentalisten und Konstruktivisten zu überbrücken, indem sie die Reziprozität der Nationalstaaten und des institutionellen Designs der Gemeinschaft hinsichtlich des Integrationsprozesses offenlegen.²⁰

Europäisierungsansätze basieren nicht auf methodologischen Gesamtkonzepten; ihre Vertreter bedienen sich pragmatisch und deutlich ergebnisoffener je nach Bedarf und Erklärungskraft des einen oder anderen Ansatzes. Hauptuntersuchungsgegenstand sind hierbei die Rückwirkungen von in Brüssel gefällten Entscheidungen auf die Politik der Mitgliedsstaaten, wobei nicht nur ihr Ausmaß, sondern auch ihre Richtung unterschiedlich beurteilt wird. Während einige Vertreter auf Seiten der Mitgliedsstaaten vor allem eine reaktive Befolgung von EU-Vorgaben ausmachen, rückt die deutsche Forschung den Verhandlungsprozess zwischen europäischen und mitgliedstaatlichen Institutionen in den Vordergrund. So gehen Börzel und Risse in ihrem Konzept der ‚Goodness of the Fit‘ davon aus, dass Gemeinschaftsentscheidungen vor allem dann nachgekommen wird, wenn die Mitgliedsstaaten unter einen ausreichenden Anpassungsdruck geraten, etwa wenn europäische und nationale Vorgaben in einem signifikanten

19 Vgl. A. Moravcsik (Anm. 12).

20 Claus Giering, Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozeß der europäischen Integration, Bonn 1997.

Missverhältnis zueinander stehen.²¹ Insbesondere vor dem Hintergrund neuester Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs weitete sich die Europäisierungsforschung in den vergangenen Jahren auf zahlreiche Forschungsfelder aus.

3.3 Finalität der Integration

Die deutsche Politikwissenschaft setzt sich erst seit wenigen Jahren strukturell mit der Frage auseinander, ob die europäische Einigung als Prozess oder als Zustand zu verstehen ist.²² Die Debatte um einen möglichen Endzustand der Integration wurde sogar gezielt von Seiten der Politik forciert, so etwa durch das sogenannte Schäuble-Lamers-Papier von 1994 oder eine Rede Joseph Fischers an der Humboldt-Universität zu Berlin im Jahr 2000. In der deutschen Debatte nimmt das Subsidiaritätsprinzip einen wesentlichen Platz ein, ermöglicht es doch eine Art Mittelweg zwischen den Extremen eines Staatenbunds und eines europäischen Bundesstaats.²³ Dieses Konzept erfuhr hierzulande stets umfassende Unterstützung aus Politik, Justiz und Wissenschaft. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1974, in der es die Grenzen der Übertragung von Hoheitsrechten deutlich definierte, stieß auf breite Zustimmung.²⁴ Dass Karlsruhe diese eigene Position 1986 abschwächte, hielt weder die Wissenschaft noch die Bundesländer von – letztendlich erfolgreichen – Forderungen ab, einen mit dem Maastricht-Vertrag möglichen verstärkten Zentralismus einzudämmen.²⁵ Spätestens seit dem Scheitern des Verfassungsvertrags wird eine bundesstaatliche Antwort auf die Frage nach der Zukunft Europas allerdings in der gesamten wissenschaftlichen Gemeinschaft als utopisch erachtet. Meinungsverschiedenheiten herrschen aber weiterhin bezüglich des Nutzens und der Risiken differenzierter Integrationschritte und der Dauerhaftigkeit von so entstandenen Unterschieden. Während das Modell der abgestuften Integration die Gefahr einer permanenten Spaltung des Gesamtprojekts in sich birgt, jedoch ein übergeordneter Rahmen erhalten bleibt, verzichten die Modelle der variablen Geometrie sowie das »À la Carte«-Konzept auf jeden Finalitätsanspruch. In den Augen ihrer Kri-

21 Vgl. Tanja Börzel/Thomas Risse, *Conceptualizing the Domestic Impact of Europe*, in: Kevin Featherstone/Claudio M. Radaelli (Hrsg.), *The Politics of Europeanization*, Oxford 2003, S. 57-80.

22 Vgl. H.-J. Bieling/M. Lerch (Anm. 4).

23 Vgl. C. Giering (Anm. 20).

24 Vgl. Roland Lhotta/Jörn Ketelhut, *Bundesverfassungsgericht und Europäische Integration*, in: Robert van Ooyen/Martin H. W. Möllers (Hrsg.), *Das Bundesverfassungsgericht im politischen System*, Wiesbaden 2006, S. 465-476.

25 Vgl. Rudolf Hrbek, *Doppelte Politikverflechtung. Deutscher Föderalismus und die europäische Integration. Die deutschen Länder im EG-Entscheidungsprozess*, in: Rudolf Hrbek/Uwe Thaysen (Hrsg.), *Die deutschen Länder und die Europäische Gemeinschaft*, Baden-Baden 1986, S. 9-20, hier: S. 11.

tiker führen sie zu einem Nebeneinander verschiedener Gemeinschaften.²⁶ Laut Alber und Merkel kann die in der Union der 27 zugenommene Erweiterungsresistenz aber selbst durch solch flexible Modelle nicht transzendiert werden.²⁷

Auch auf einer zweiten Ebene diskutiert die Integrationsforschung die Bedingungen der Möglichkeit der Schaffung eines einheitlichen politischen Raumes in Europa. Die Anhänger der sogenannten Demos-These gehen dabei davon aus, dass die Umsetzung einer wirkungsvollen Demokratie aus normativen und funktionalen Gründen den Nationalstaat als Institut kollektiver Identitätsbildung voraussetzt. Zentrale Entscheidungen müssten deshalb – bis auf Weiteres – auf der Ebene des Nationalstaates, nicht der europäischen Ebene getroffen werden. Dabei betont Claus Offe die moralischen Ressourcen von Demokratie, Vertrauen und Solidarität,²⁸ während Fritz Scharpf vor allem die Effektivität politischer Steuerungsmechanismen in Betracht zieht.²⁹ Dem stehen kosmopolitisch-universalistische Ansätze gegenüber, die davon ausgehen, dass durch gleichberechtigte Kommunikationsstrukturen zwischen Individuen im öffentlichen Raum Europas eine gesamteuropäische Öffentlichkeit entsteht, die die Grundlage für einen zusammenwachsenden Bundesstaat darstellt. Wie auch genuin konstruktivistische Ansätze läuft dieser auf eine Finalität der europäischen Integration hinaus. Für Intergouvernementalisten, denen die Integration nur als stabil gilt, solange sie den Interessen der Mitgliedsländer dient, hat die europäische Einigung dagegen keine ontologische Eigenqualität.

4 Wandel und Perspektiven der Forschung

Die Forschung zur europäischen Einigung unterlag in den letzten Jahrzehnten einem erheblichen Wandel. Diese Veränderungen können am besten anhand einer Kombination aus historischen und theorieorientierten Faktoren nachgezeichnet werden.

26 Vgl. Johannes Varwick, Flexibilisierung oder Zerfall – Hat die Europäische Union Bestand?, in: Wilhelm Knelangen/Johannes Woycke (Hrsg.), Neues Europa, alte EU?, Wiesbaden 2004, S. 59-75, hier: S. 65-66.

27 Vgl. Jens Alber/Wolfgang Merkel, Einleitung. Das Ende der Vertiefung?, in: Jens Alber/Wolfgang Merkel, Europas Osterweiterung. Das Ende der Vertiefung?, Berlin 2006, hier: S. 19.

28 Claus Offe, Gibt es eine europäische Gesellschaft? Kann es sie geben?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (2001) 4, S. 423-435.

29 Fritz W. Scharpf, Demokratie in der transnationalen Politik, in: Wolfgang Streeck (Hrsg.), Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frankfurt 1998, S. 151-174.

4.1 Makrotheorien in der Defensive

Während die Anfänge der europäischen Integration durch den Realismus und Liberalismus sowie den Funktionalismus gut nachvollziehbar sind, wurden die Großtheorien bereits ab den 1980er-Jahren zunehmend als untauglich zur Erklärung des idiosynkratischen Phänomens der Europäischen Gemeinschaft erklärt. Bald ergänzten neoföderale und Theorien der Politikverflechtung³⁰ diese Makroansätze. Ausgangspunkt war hierbei die Analyse der verflochtenen Kompetenzverteilung zwischen Gemeinschaft und Mitgliedsstaaten. Der Neoföderalismus stellt die etatistische Forschungsorientierung in Frage und kann damit in gewisser Weise auch als Vorläufer der Europäisierungsforschung gelten. Allerdings verfolgten deren Protagonisten eine bundesstaatliche Vision, die gegenwärtig kaum mehr eine Rolle spielt. Schon bezüglich der Einheitlichen Europäischen Akte wurde bald recht einmütig konstatiert, dass diese keine Transformation in eine Union, sondern nur einen Minimalkompromiss auf dem Weg zu einer vertieften politischen Union ermöglichen konnte.³¹ Versuche einer Systematisierung des Verhältnisses zwischen deutschem Föderalismus und europäischer Integration unter der Formel der ‚doppelten Politikverflechtung‘ nahmen Argumente der Governance-Forschung der 1990er-Jahre vorweg und führten zu Forderungen nach einer verstärkten Mitwirkung der Bundesländer auf EG-Entscheidungsverfahren,³² wie sie schließlich nach der Wiedervereinigung Realität wurde.

4.2 Das wiedervereinigte Europa in der Welt

Nach 1989/90 wurde das Thema Europa in der wissenschaftlichen Welt deutlich populärer; nicht wenige vormals auf den Ost-West-Konflikt spezialisierte Forscher orientierten sich in dieser Richtung um. Mit dem Vertrag von Maastricht, der einhellig als deutlichste Modifikation der Römischen Verträge erkannt wurde, rückten die Fragen nach der ‚Staatswerdung Europas‘ sowie Europas Rolle in einer nun ‚globalen Welt‘ in den Vordergrund; auch diese Aussichten wurden weiterhin vom Gegensatz der Kategorien Bundesstaat und Staatenbund dominiert.³³ Unter anderem vor dem Hintergrund des europäischen Verhaltens im ersten Golf- sowie den Balkankriegen betonten die meisten Beiträge, dass die Ge-

30 Vgl. Fritz W. Scharpf, Die Politikverflechtungsfälle. Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift, 26 (1985) 4, S. 323-357.

31 Vgl. W. Wessels (Anm. 8), hier: S. 36.

32 Vgl. R. Hrbek (Anm. 25).

33 Vgl. Fritz W. Scharpf, Kann es in Europa eine stabile föderale Balance geben?, in: Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Staatswerdung Europas?. Optionen für eine Europäische Union, Baden-Baden 1991, hier: S. 48.

meinschaft eher ein ökonomischer als ein politischer Riese sein könne. Gleichzeitig wurde der auf ihrer ‚soft power‘ beruhende Modellcharakter der EU für Konfliktbearbeitungen gerühmt.³⁴ Die durch den Vertrag von Amsterdam weiterhin ungelöste Problematik ihrer begrenzten Handlungsfähigkeit in sicherheitspolitischen Belangen rief eine Fülle von Arbeiten zur Außenpolitik der EU hervor. Obwohl überwiegend entweder vom Intergouvernementalismus oder dem Supranationalismus ausgehend, konnten angewandte Fallstudien diese Grobkategorisierung meist nicht aufrechterhalten. Zur selben Zeit wurde der Regionalisierungsprozess als Scharnier zwischen Nationalstaat und Globalisierung entdeckt.³⁵

4.3 Komplexes Regieren nach Nizza

Die Erkenntnis der Bedeutung gelungener politischer Führung für die Legitimität der Integration führte zu deutlicher Kritik an der perzipierten Intransparenz des Vertrags von Nizza.³⁶ Die Komplexität der Entscheidungsstrukturen ließ die Begründung der realen Machtverhältnisse in der Union zu einem Kernanliegen der Forschung werden; gleichzeitig nahm die Erklärungskraft klassischer, auf hierarchische Regierungsformen ausgerichtete Analyseansätze ab. Unter dem Schlagwort der ‚Flexibilisierung‘ wurde in der Folge die in Amsterdam und Nizza formalisierte Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit und ihre einschränkende Wirkung bezüglich mitgliedersstaatlicher Vetos diskutiert. Trotz einer allgemein festgestellten ‚Brüsselisierung‘ wurde das zwischenstaatliche Verhandlungsprinzip als weiterhin bestimmend erachtet. Die dazu erforderliche Kunst des Regierens ohne Regierung sowie auf mehreren Ebenen rückte daraufhin noch stärker in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Debatte. So machte es sich die Governance-Forschung zum Ziel, mögliche Formen des Regierens unter den bestehenden Rahmenbedingungen nicht nur zu analysieren, sondern darüber hinaus Wege einer Optimierung aufzuzeigen.³⁷ Dabei wird der staatszentristische Charakter der EU als reines Verhandlungssystem wiederum in Frage gestellt und die Einmaligkeit der Union als Phänomen sui generis besonders berücksichtigt. Da-

34 Vgl. Hanns W. Maull, Europa als Weltmacht? Perspektiven für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, in: Thomas Jäger/Melanie Piepenschneider (Hrsg.), Europa 2020. Szenarien politischer Entwicklung, Opladen 1997, S 81-95.

35 Vgl. Werner Link, Die europäische Neuordnung und das Machtgleichgewicht, in: Thomas Jäger/Melanie Piepenschneider (Hrsg.), Europa 2020. Szenarien politischer Entwicklung, Opladen 1997, S. 9-32.

36 Vgl. Wolfgang Wessels, Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/01, Bonn 2001, S. 25-38, hier: 26.

37 Ingeborg Tömmel, Das politische System der EU, München 2007.

raus ergeben sich Forderungen unter anderem nach einer Stärkung des Europäischen Parlaments sowie der höchsten Repräsentanten der Union. Durch das Scheitern des Verfassungsvertrags wurden schließlich letzte Hoffnungen auf eine europäisch-bundesstaatliche Regierung erstickt, so dass die Bedeutung der Governance-Forschung in den jüngsten Jahren nochmals zugenommen hat.

4.4 Reflexionspause und Erweiterung – die Integrationsforschung im 21. Jahrhundert

Die Ablehnung des Verfassungsvertrags, die den Pfad der Integrationsforschung auf erhebliche Weise geprägt hat, stellte die Forschung vor weitere Fragen. Diese reagierte mit Versuchen, aus der Not eine Tugend zu machen. Gemäß dem Motto »Der Verfassungsvertrag ist tot – es lebe der Reformvertrag« unterbreitete die Forschung zahlreiche Vorschläge für Wege aus der Verfassungskrise.³⁸ Dass diese von Anhängern einer klaren Finalität als besonders schwerwiegend betrachtet wurde, liegt auf der Hand. Pragmatischere Ansätze und insbesondere Wissenschaftler aus dem nichteuropäischen Ausland werten die Ablehnungen dagegen teils sogar als Beitrag zu einer Entwicklung zu einem reiferen Gleichgewichtszustand der Union.³⁹ Mit dieser Debatte verknüpft ist eine durch die große Erweiterungsrunde von 2004 hervorgerufene Verdeutlichung des Zielkonflikts von Erweiterungs- und Integrationslogik. Inzwischen besteht ein breiter Konsens, dass die Entwicklung der europäischen Institutionen nicht mit der Erweiterungsgeschwindigkeit habe Schritt halten können, was den Erfolg der Union gefährde.⁴⁰ Es dominiert die Befürchtung, dass unreflektierte EU-Erweiterungen die Minimalkonsense der Verträge weiter reduzieren. Hier schließen sich auch deliberative Ansätze mit ihrer Sorge hinsichtlich der demokratischen Legitimität weiterer Erweiterungsschritte an. Mit der zunehmenden Kritik an der institutionellen Architektur der Europäischen Union geht außerdem eine entsprechende Verdichtung der wissenschaftlichen Analyse einher, die durch zwei herausragende Daten beschleunigt wurde: Die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 rückte besonders den Vorsitz des Europäischen Rats in den Fokus, die gleichzeitigen Feiern zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge führten zu zahlreichen Rückblicken auf die Entwicklung hin zum aktuellen Zustand der Union.

38 Wolfgang Wessels, *Das politische System der Europäischen Union*, Wiesbaden 2007, S. 27.

39 Vgl. Andrew Moravcsik, *What can we learn from the Collapse of the European Constitutional Project?*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 47 (2006) 2, 219-241.

40 Vgl. Jürgen Kocka, *Die Grenzen Europas. Ein Essay aus historischer Perspektive*, in: Gunnar Folke Schuppert/Ingolf Pernice/Ulrich Haltern (Hrsg.), *Europawissenschaft*, Baden-Baden 2005.

5 Ausländische Rezeption

Die deutsche Forschung wurde im Ausland seit Anfang der 1980er-Jahre verstärkt wahrgenommen. Dies hängt mit (1) der zunehmend global perzipierten Bedeutung der europäischen Integration als internationales Ordnungsmodell, (2) der staatlichen Förderung entsprechender Forschungsinstitutionen und ihrer Internationalisierung, (3) der Professionalisierung und Internationalisierung der gesamten Forschungspraxis sowie (4) der Innovativität und Leistungsfähigkeit der deutschen Integrationsforschung zusammen.

5.1 Die Welt blickt auf Europa

Gerade in den Vereinigten Staaten von Amerika wird das Forschungsfeld der europäischen Integration mit großem Interesse begleitet; die Europa-Sektion der American Political Science Association gilt als besonders einflussreich.⁴¹ Die European Union Studies Association inkorporiert fast 500 Mitglieder in Nordamerika. Zehn mit der europäischen Integration befasste Zentren, die an herausragenden US-amerikanischen Universitäten angesiedelt sind und von der EU gefördert werden, greifen Forschungsbeiträge von der anderen Seite des Atlantiks rege auf. Dazu gibt es acht Exzellenzzentren für Deutschland- und Europastudien in den USA und Kanada, die von der Bundesregierung ins Leben gerufen wurden und durch den DAAD gefördert werden. Zu den ersten Gründungen in Berkeley, Georgetown und Harvard kamen schließlich Programme an der Brandeis-Universität, in Montreal, Toronto und Vancouver sowie ein gemeinsames Zentrum der Universitäten Wisconsin und Minnesota hinzu. Die Tatsache, dass diese teils sogar von deutschen, jedenfalls aber deutsch sprechenden Wissenschaftlern geleitet werden, garantiert eine Vernetzung dieser Zentren mit dem hiesigen Forschungsdiskurs. Viele weitere renommierte US-amerikanische Universitäten verfügen ebenfalls über Europa-Lehrstühle, die auch verstärkt deutsche Forschungsergebnisse wahrnehmen. So gilt etwa Thomas Risses ‚Cooperation among Democracies: The European Influence on U.S. Foreign Policy‘⁴², das bei Princeton University Press erschien, unter US-amerikanischen Wissenschaftlern inzwischen als Klassiker. Auch in Asien wurden unlängst universitäre Einrichtungen

41 Vgl. Hans-Dieter Klingelmann, Capacities. Political Science in Europe, in: West European Politics, (2008) 31, S. 370-296, hier: 381-382.

42 Vgl. Thomas Risse, Cooperation Among Democracies. European Influence on U.S. Foreign Policy, Princeton 1995.

zur Förderung von Europa-Studien gegründet; die Direktoren zahlreicher entsprechender Zentren, so etwa der Renmin-Universität Peking, der Fudan-Universität Schanghai und der Universität Tokio, haben Abschnitte ihrer Laufbahnen in Deutschland absolviert.

5.2 Vernetzung der europäischen Forschung

Zahlreiche europäische Projekte zur Integrationsforschung greifen intensiv auf deutsche Debattenbeiträge zurück. Die auch staatlich geförderte internationale Vernetzung der Wissenschaft kommt auf diesem Forschungsfeld besonders schnell voran. So bündelt etwa die von der European Community Study Association, die über Sektionen in fast allen EU-Mitglieds- und Beitrittskandidatenländern sowie 24 weiteren Staaten verfügt, herausgegebene Plattform ‚European Integration Online Papers‘ zentrale Forschungsergebnisse. Deutsche Beiträge sind häufig, wie etwa Kai Oppermanns und Henrike Viehrigs Studie zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Durchsetzung von EU-Entscheidungen in Großbritannien und Deutschland⁴³, vergleichend angelegt; einflussreiche Publikationen beschäftigen sich außerdem mit Governance-Konzepten, der Analyse von Ideen in formalen und informellen Netzwerken als Voraussetzung weiterer Integrationsschritte⁴⁴ und der Kritik der legitimationspraktischen Leistungsfähigkeit des ursprünglichen EU-Verfassungsvertrags.⁴⁵ Die starke interdisziplinäre und internationale Vernetzung der deutschen Forschung verdeutlicht ein Vergleich zweier Ansätze zur Konzeptualisierung legitimen Regierens jenseits des Verfassungsstaates, die beide unter dem Titel ‚deliberativer Supranationalismus‘ firmieren, durch den Juristen Christian Joerges, der zwischenzeitlich eine Professur am European University Institute in Florenz innehatte. Dieses Institut widmet sich neben dem über Fachgrenzen hinausgehenden Austausch insbesondere der Förderung von Nachwuchsforschern, von der in den vergangenen Jahren zahlreiche deutsche Wissenschaftler profitierten.

43 Kai Oppermann/Henrike Viehrig, Issue Saliency and the Domestic Legitimacy Demands of European Integration. The Cases of Britain and Germany, in: European Integration online Papers (EIoP), 12 (2008) 2.

44 Siehe dazu die Publikationen der Forschergruppe um Beate Kohler-Koch, z.B. Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hrsg.), Europäische Integration, Opladen 2003; Beate Kohler-Koch/Thomas Conzelmann/Michèle Knodt (Hrsg.), Europäische Integration – Europäisches Regieren, Hagen 2002.

45 Heidrun Abromeit/Sebastian Wolf, Will the Constitutional Treaty Contribute to the Legitimacy of the European Union?, in: European Integration online Papers (EIoP), 9 (2005) 11.

Auch in der EU-Exzellenzinitiative CONSENT sind Integrationsforscher aus der gesamten Union miteinander vernetzt, wobei deutsche Forschungsbeiträge eine wesentliche Rolle spielen. Die Koordinierung der Projekte geht von der Universität Köln aus. Neben Wolfgang Wessels als Chefkoordinator sind weitere Deutsche im Lenkungsausschuss der Initiative vertreten. Das Ziel von CONSENT ist die Entwicklung eines nachhaltig wirksamen Forschungs- und Lehrnetzwerks zum Thema Vertiefung und Erweiterung der EU und die Darstellung von Möglichkeitsräumen und Entwicklungspfaden weiterer Integrationsschritte. In diesem Sinn untersucht die Initiative die wechselseitigen Effekte der Vertiefung und Erweiterung der Union. Weitere Schwerpunkte des Netzwerks liegen unter anderem auf der Analyse der Legitimität des Integrationsprozesses und der Außen- sowie der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Union.

5.3 Impulse der deutschen Forschung

Die deutsche Europaforschung ist innovativ, kreativ und international anerkannt. Ihre spezifische Dynamik, die sich bald auch auf das europäische Ausland übertrug, basiert auf hierzulande frühzeitig gehegten Hoffnungen auf ein geeintes Europa, das Deutschland die Wiedergewinnung der Souveränität erlauben würde. Noch bevor politikwissenschaftliche Lehrstühle im Bereich der internationalen Beziehungen eingerichtet wurden, entstand – ausgehend von der vergleichenden Regierungslehre – rasch ein unabhängiges Forschungsfeld, das sich der europäischen Integration widmete⁴⁶ und, wie bereits oben dargelegt, auch bald publizistisch und institutionell Wurzeln schlug.

Ein in den vergangenen Jahren von deutscher Seite stark betriebener Forschungsansatz versucht die Realität der EU – insbesondere den Einfluss Brüssels auf die Mitgliedsstaaten und auf bestimmte Politikfelder – zu analysieren. Charakteristisch für diese in den Bereich des ‚governance approach‘ fallende Art der Zustandsanalyse ist der Verzicht auf die Entwicklung oder Verwendung von Großtheorien der europäischen Integration. Deutsche Publikationen produziert hierbei insbesondere das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft setzt hier Schwerpunkte ihrer Förderung, indem sie entsprechende Experten aus dem In- und Ausland versammelt. Einflussreich sind darüber hinaus etwa von Edgar Grande betriebene Projekte, die die europapolitische Dimension verschiedener national betriebener Politikfelder untersuchen. Mittlerweile leisten Deutsche, so etwa Arthur Benz und Tanja Börzel sowie Thomas Risse und Josef Schmid, auch wichtige Beiträge zur

46 Vgl. Thomas Christensen, Review Section, in: *Journal of European Public Policy*, 12 (2005) 1, S. 200-212, hier: 201.

Diskussion der Europäisierung, also der Untersuchung der Frage, inwieweit die EU innerstaatliche politische Strukturen prägt. Dass die Union in Deutschland im Vergleich zur Rezeption in vielen anderen Mitgliedsstaaten besonders positiv wahrgenommen wird, führte hierzulande auch zu verstärkten Forschungsbemühungen hinsichtlich der Modellfunktion des europäischen Integrationsprozesses für die Transformation des internationalen Systems.

Werden sowohl die institutionalisierten Bemühungen um die Vernetzung verschiedener Disziplinen und nationaler Diskurse sowie die von ihr ausgehenden inhaltlichen Impulse in Betracht gezogen, kann insgesamt konstatiert werden, dass die deutsche Integrationsforschung einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau einer transnationalen europäischen Forschungsgemeinschaft leistet, deren Beiträge weltweit wahrgenommen werden.

6 Forschungslücken

Die Tatsache, dass die Integrationsforschung ein bewegliches Ziel zum Gegenstand und sich eng an der politischen Realität zu orientieren hat, erschwert die Benennung ihrer Forschungslücken. Hinzu kommt die enorme Differenzierung des Forschungsfelds in stark interdisziplinäre Unterabteilungen. Dennoch lassen sich einige Räume zur Präzisierung der Forschung erkennen.

6.1 Öffentlichkeit und Legitimität

Eine einheitliche europäische Öffentlichkeit ist derzeit höchstens erst im Entstehen begriffen, wobei manche Beobachter sogar an ihrer prinzipiellen Entwicklungsfähigkeit zweifeln.⁴⁷ Auch eine gemeinsame politische Kultur Europas ist derzeit stark unterentwickelt. Eine intensiviertere Forschung könnte hier unterstützend und beratend eingreifen. Informationspolitische Initiativen der Union, in der seit 2004 erneut eine Kommissarin für die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie verantwortlich ist, könnten von der Forschung daher noch enger begleitet werden.⁴⁸ Auch die Unterschiede der Mediensysteme und ihr jeweiliger Einfluss auf die politische Steuerung in den Mitgliedsstaaten wurden aus europäischer Perspektive bisher kaum erforscht. Prozesse der Identitätskonstruktion im Sinne von nachhaltigen Normenbildungsprozessen stehen bereits auf der Forschungsagenda benachbarter Disziplinen. So definieren etwa soziologisch orien-

47 Vgl. Peter Kielmannsegg, Integration und Demokratie, in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hrsg.), Europäische Integration, 2. Auflage, Opladen 2003, S. 49-84.

48 Vgl. Brüggemann, Europäische Öffentlichkeit durch Öffentlichkeitsarbeit? Die Informationspolitik der Europäischen Kommission, Wiesbaden 2008.

tierte Integrationsansätze Identitätsbildungsprozesse nicht als Abgrenzung gegen andere Kulturen, sondern gegen die eigene kriegerisch-nationalistische Vergangenheit Europas.⁴⁹ Trotz verstärkter Forschungsbemühungen kann die hiermit verbundene Suche nach Wegen zu einer stärkeren Legitimation der EU ebenfalls nicht als abgeschlossen angesehen werden; selbst neueste, teils oben dargestellte Lösungswege erscheinen oft als entweder unzureichend oder aber mit der politischen Praxis inkompatibel.

6.2 Integrationsprozess und Finalität

Auch die Suche nach Fundamentalfaktoren einer Bewegungsgesetzlichkeit der europäischen Integration bleibt ein wichtiges Forschungsziel. Hier könnte die Analyse der »Evolution des EU-Systems anhand einiger Indikatoren«⁵⁰ unter Heranziehung endogener und externer Faktoren einen Lösungsansatz bieten, wobei diese Methodologie allerdings häufig von Finalitätsbefürwortern herangezogen wird. Als realistischer erwies sich ein Forschungsdesign, in welchem, ausgehend von der Policy-Forschung, eine Analyse von Anpassungs- und Reaktionsmustern der Mitgliedsstaaten auf neue Gesetzgebungs- und Entscheidungsmechanismen der EU vorgenommen würde. Auch die legitimatorische Grenze, an die der Erweiterungsprozess während der vergangenen Jahre gestoßen ist, eröffnet neue Fragen. So werden zunehmend auch heterogene Systeme flexibler Integrationsformen in den Mittelpunkt der Forschung rücken. In vielen Bereichen ist eine Vertiefung nur durch Formen einer differenzierten Integration möglich. Die Bedingungen für solche Kooperationen müssen intensiver analysiert und ihre Folgen für die Stabilität des Gesamtsystems abgeschätzt werden.

6.3 Die globale Bestimmung der EU

Offene Fragen nach dem Wesen und dem Ziel der europäischen Integration sorgen auch für Klärungsbedarf bezüglich der globalen Rolle der EU in einer sich wandelnden internationalen Umgebung. Die Unterschiedlichkeit der sicherheitspolitischen Ordnungsvorstellungen großer Mitgliedsstaaten steht nicht selten einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Weg.⁵¹ Große Teile der Forschung lassen sich allzu stark von bestimmten Normen leiten, wodurch sie an Erklärungskraft einbüßen. So bleibt etwa vielfach unbeantwortet, warum sicher-

49 Vgl. Gudrun Quenzel, *Konstruktionen von Europa*, Bielefeld 2005.

50 W. Wessels (Anm. 4), hier: 438.

51 Vgl. Beate Kohler-Koch/Thomas Conzelmann/Michèle Knodt, *Europäische Integration – Europäisches Regieren*, Wiesbaden 2004, hier: 296.

heitspolitische Krisen stets zur Bildung von ‚Kontaktgruppen‘ und ‚Koalitionen der Willigen‘ führen. Die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 bietet einen idealen Ausgangspunkt zur weiteren Analyse der Rolle der EU als globalem sicherheitspolitischem Akteur, ebenso der Vertrag von Lissabon.⁵² Das erst während der vergangenen Jahre entwickelte außenpolitische Instrument der regionalen Zusammenarbeit bildet die Forschung ebenfalls unzureichend ab. Insbesondere die Nachbarschaftsbeziehungen der 2004 und 2007 aufgenommenen Mitgliedsstaaten waren durch die Konzentration auf die Integrationsbemühungen der ostmitteleuropäischen Länder gänzlich aus dem Blick geraten. Diese sowie die jüngst in den Mittelpunkt gerückten Beziehungen im Mittelmeerraum werden in der nahen Zukunft stärker bearbeitet werden. Dabei sind auch historisch-soziologische Ansätze unerlässlich, um zum Beispiel Minderheitenproblematiken innerhalb der EU und angrenzender Staaten zu verstehen.

6.4 Ausblick

Neuere Diskussionsbeiträge heben die Unabdingbarkeit interdisziplinärer ‚Europa-Studien‘ hervor oder fordern gar die Gründung einer eigenen ‚Europawissenschaft‘. Es gibt aber auch einen alternativen Trend, der im Sinne der politikwissenschaftlichen Regierungslehre auf die Notwendigkeit aufmerksam macht, die EU-Forschung an die bestehenden Disziplinen rück zu binden. Auch die vergleichende Regierungslehre ist im vermeintlich postnationalen Zeitalter keineswegs obsolet, sondern kann einen leistungsfähigen Orientierungsrahmen für eine kumulativ ausgerichtete Politikforschung bieten, sofern sie ihre Perspektive konsequent um die europäische Dimension erweitert. Eine solche Europäisierung der vergleichenden Regierungslehre könnte nicht zuletzt auch die interdisziplinäre Kooperation zwischen den an der Integrationsanalyse beteiligten Disziplinen verbessern.

52 Vgl. Franco Algieri/Thomas Bauer, Die Festschreibung mitgliedstaatlicher Macht. GASP und GSVP im Vertragswerk von Lissabon, in: Werner Weidenfeld, Lissabon in der Analyse. Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, Band 20, Baden-Baden 2008.

Auswahlbibliographie

- Abromeit, Heidrun / Wolf, Sebastian: Will the Constitutional Treaty Contribute to the Legitimacy of the European Union?, in: *European Integration online Papers (EIoP)*, 9 (2005) 11.
- Alber, Jens / Merkel, Wolfgang: *Europas Osterweiterung. Das Ende der Vertiefung?*, Berlin 2006.
- Bieling, Hans-Jürgen / Lerch, Marika (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, 2. Auflage, Wiesbaden 2006.
- Giering, Claus: *Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozeß der europäischen Integration*, Bonn 1997.
- Haas, Ernst B.: *The Uniting of Europe*, Stanford 1958.
- Hrbek, Rudolf / Thaysen, Uwe (Hrsg.): *Die deutschen Länder und die Europäische Gemeinschaft*, Baden-Baden 1986.
- Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Europäische Integration*, 2. Auflage, Opladen 2003.
- Jäger, Thomas / Piepenschneider, Melanie (Hrsg.): *Europa 2020. Szenarien politischer Entwicklung*, Opladen 1997.
- Knelangen, Wilhelm / Woycke, Johannes (Hrsg.): *Neues Europa, alte EU?*, Wiesbaden 2004.
- Kohler-Koch, Beate / Conzelmann, Thomas / Knodt, Michèle: *Europäische Integration – Europäisches Regieren*, Wiesbaden 2004.
- Kohler-Koch, Beate / Conzelmann, Thomas / Knodt, Michèle (Hrsg.): *Europäische Integration – Europäisches Regieren*, Hagen 2002.
- Loth, Wilfried: *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration*, 3. Auflage, Göttingen 1996.
- Quenzel, Gudrun: *Konstruktionen von Europa*, Bielefeld 2005.
- Risse, Thomas: *Cooperation Among Democracies. European Influence on U.S. Foreign Policy*, Princeton 1995.
- Schuppert, Gunnar Folke / Pernice, Ingolf / Haltern, Ulrich (Hrsg.): *Europawissenschaft*, Baden-Baden 2005.
- Tömmel, Ingeborg: *Das politische System der EU*, München 2007.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Die Identität Europas*, München 1985.
- ders.: *Lissabon in der Analyse. Münchner Beiträge zur europäischen Einigung*, Band 20, Baden-Baden 2008.
- Weidenfeld, Werner / Nida-Rümelin, Julian: *Europäische Identität. Voraussetzungen und Strategien*, Baden-Baden 2007.
- Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Baden-Baden.
- Wessels, Wolfgang: *Das politische System der Europäischen Union*, Wiesbaden 2007, S. 27.
- Wiener, Antje / Diez, Thomas: *European Integration Theory*, Oxford 2003.
- Wildenmann, Rudolf (Hrsg.): *Staatswerdung Europas? Optionen für eine Europäische Union*, Baden-Baden 1991.